

Ulrich Brand

Post-Neoliberalismus?



Aktuelle Konflikte
Gegen-hegemoniale Strategien

Ulrich Brand
Post-Neoliberalismus?

Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, aktiv in der Bundeskoordination Internationalismus. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac und ab Januar 2011 (sachverständiges) Mitglied der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages. Siehe auch die Website: www.univie.ac.at/intpol

Ulrich Brand

Post-Neoliberalismus?

Aktuelle Konflikte

Gegen-hegemoniale Strategien

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Titelfoto: Jan/Umbruch Bildarchiv

(<http://www.umbruch-bildarchiv.de>)

Foto auf der Rückseite: merchi.rostock@gmail.com

(<http://picasaweb.google.com/merchi.rostock>)

© VSA: Verlag 2011, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: Fuldaer Verlagsanstalt

ISBN 978-3-89965-424-0

Inhalt

Emanzipation in Zeiten der multiplen Krise	7
Einleitung	
Die multiple Krise	23
Dynamik der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik	
Progressive soziale Kräfte in der post-neoliberalen Konstellation	
Post-Neoliberalismus und der Staat	45
Zur aktuellen Debatte	
Der G8-Prozess als erfolgreiche politische Imagination	53
Zwischen Bilderproduktion, Rekonstruktion der Linken und radikaler Gesellschaftstransformation	
There are many World Social Forums	63
Das WSF 2009 im Zeichen der multiplen Krise und drängender Alternativen (<i>gemeinsam verfasst mit Nicola Sekler</i>)	
Organisierungsschwäche und relative Orientierungslosigkeit	68
Das sechste Europäische Sozialforum in Istanbul	
Staatseuphorie ohne Strategie	73
Zur Lage der Linken im Post-Neoliberalismus	
Sozialdemokratische Politik in Zeiten der multiplen Krise	83

Sozial-ökologische Krisen und Konflikte

»Umwelt« in der neoliberal-imperialen Politik	97
Sozial-ökologische Perspektiven demokratischer Gesellschaftspolitik	
Post-neoliberale Antworten auf die ökologische Krise	107
Schillernd und technokratisch	117
Grüner New Deal als <i>magic bullet</i> in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus?	
Historische Chance für den Umbau der Wirtschaft oder grün lackierter Kapitalismus?	122
Wem gehört die Natur?	126
Biopiraterie und Konflikte um geistiges Eigentum	

Emanzipatorische und zivilgesellschaftliche Transformation

Entwicklung, Staat und Zivilgesellschaft	141
Gegen-Hegemonie unter post-neoliberalen Bedingungen	153
Zum Verhältnis von Theorie, Strategie und Praxis	
Das Zusammenwirken von Bewegungen	168
Commons als kritisch-emanzipatorische Weltsicht und strategische Perspektive	
Wie grün muss die Linke sein?	177
Zur Frage der Gerechtigkeit: Verkürzungen der aktuellen Klimadebatte und herrschender Nachhaltigkeit	
Gegen und im globalen Konstitutionalismus	191
Emanzipatorische Politiken im globalen Kapitalismus	
Literatur	201
Textnachweise	219

Emanzipation in Zeiten der multiplen Krise

Einleitung

Wir leben in einer paradoxen Situation: Zum einen werden die vielfältigen Probleme und Krisen immer deutlicher, aber auch die völlig unzureichenden politischen und gesellschaftlichen Mechanismen der Bearbeitung von Problemen und Krisen. Der Umgang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise verschiebt vieles in die Zukunft: Die höchst ungleichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Folgekosten der Krisenpolitik gehen offensichtlich zulasten der Bevölkerungsmehrheit, die soziale Polarisierung wird voraussichtlich wachsen, die überschuldeten öffentlichen Haushalte lassen auf absehbare Zeit wenig Spielraum. Der Umwelt- und insbesondere der Klimakrise wird nur in einzelnen Bereichen Einhalt geboten, insgesamt kommt es jedoch zu einer Verschärfung. Weltweit nehmen trotz des spektakulären Aufstiegs einiger Schwellenländer und der Herausbildung starker Mittelschichten Hunger und Armut zu und immer mehr Menschen sehen sich zur Migration gezwungen. Wir erleben trotz der vermeintlichen »Rückkehr des Staates« seit 2008 eine schon länger anhaltende Krise politischer Repräsentation.

Zudem sind die Formen der Krisenbearbeitung sehr ungleichmäßig. Die Krise der Kapitalverwertung sowie das Kapitalverhältnis und die damit verbundenen mächtigen Interessen mobilisieren besonders viele Ressourcen und Aufmerksamkeit. Im Bereich der Banken gibt es zwar durchaus Veränderungen dahingehend, dass das Investmentbanking offenbar an Attraktivität verloren hat. Die grundlegende sozio-ökonomische Machtkonstellation hat sich aber kaum verändert. Die Geschlechterverhältnisse in Form der Kleinfamilie wirken eher als Auffangmoment der Krise. Die zunehmend herrschaftlichen und problematischen Naturverhältnisse sind als ökologische Krise zwar hochgradig politisiert, aber es scheint sich kaum etwas jenseits eines kapitalistischen Korridors ökologischer Modernisierung, der überdies auf einige kapitalistische Zentren beschränkt bleibt, zu verändern.

Deutlich wird in der aktuellen Krise auch, dass offenbar die Bearbeitung bestimmter Krisendimensionen andere Krisen zu verschärfen droht. So sind der Anbau von Pflanzen für Agrartreibstoffe und entsprechende Landkäufe zwar mit dem Versprechen verbunden, in den entsprechenden Regionen zu Wirtschaftswachstum beizutragen und weltweit den Konsum von fossilen Energieträgern zu verringern. Doch nicht nur sind diese

Versprechen selbst schon vage, sondern sie drohen auch die Konkurrenz um Land für den Anbau von Nahrungsmitteln zu erhöhen, damit die globale Ernährungskrise zu verschärfen und Preise für Grundnahrungsmittel dauerhaft zu erhöhen.

Andererseits ist diese Konstellation nicht die Stunde progressiver Politik, wie vorderhand zu erwarten und auch zu wünschen wäre. Wir erleben eher politische Entwicklungen mehr oder weniger deutlich nach rechts, hin zu populistischen, ausgrenzenden, rassistischen und vor allem anti-islamischen Diskursen und Kräften. Das kommt als Herrschaftskritik gegen »das Establishment« daher, beweist sich in der Regel jedoch als hochgradig anschlussfähig an neoliberale Orientierungen und Klassenverhältnisse sowie an das kapitalistische Projekt der Globalisierung. Auch die heftigen Debatten, die im Herbst 2010 in Deutschland unter dem Stichwort »Integration« geführt wurden, zeigen wiederum, wie defensiv emanzipatorische und herrschaftskritische Anliegen dastehen (in Österreich mit einem deutlich brüchigeren antifaschistischen Konsens kommt es aus dem bürgerlichen Lager kaum mehr zu Kritik an offen rassistischen Diskursen).

Die dominanten Formen der Krisenbearbeitung haben, trotz der nicht unbeträchtlichen Kapitalvernichtung für die VermögensbesitzerInnen und der angedeuteten Rechtsverschiebungen, eine Konstante: Die dominanten politischen und gesellschaftlichen Kräftekonstellationen und damit einhergehende Diskurse sollen nicht grundlegend infrage gestellt werden. Das geht mit teilweise harten Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Kräfte einher, scheint aber bislang insgesamt zu gelingen.

»Das Krisenmanagement der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 versucht, die gestörten Kreisläufe durch staatliche Eingriffe zu stabilisieren. Der neue Staatsinterventionismus als Form der Krisenbearbeitung durch Konjunkturprogramme, Stützung und Teilverstaatlichung des Finanzsektors und einer Niedrig-Zins-Politik ist restaurativ. Er bewegt sich im Rahmen der neoliberalen Kräfteverhältnisse und zielt auf eine Stabilisierung der krisenhaften finanzdominierten Ökonomie.« (Bader et al. 2011: 22)

Zu grundlegend hat der neoliberal-kapitalistische Umbau offenbar die Gesellschaften verändert und zu wenig attraktiv wirken progressive Vorschläge und Alternativen. Zu ungehört bleibt das Insistieren darauf, dass wir heute die materiellen Mittel haben, um allen Menschen dieser Erde die notwendigen und möglichen Bedingungen eines guten Lebens bereitzustellen. Zu sehr wirken Spaltungen als »naturgegeben«, zu drastisch wird in der Krise das neoliberale Regime der Prekarisierung noch mehr zum

Angstregime, zu stark sind die Interpretationen von Alternativlosigkeit, hinter denen immer auch konkrete Interessen und Strategien stehen.

Wir erleben zwar einen Aufschwung von Protest gegen Politiken der Sozialkürzungen, den Umbau der Hochschulen, gegen Atomenergie oder Großprojekte wie Stuttgart 21 (vgl. zu Letzterem die exzellente Analyse von Lieber 2010). In Griechenland kam es aufgrund der Sparmaßnahmen der Regierung zu massiven Mobilisierungen, in Frankreich protestierten viele Menschen wochenlang gegen die in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit widersinnige Anhebung des Renteneintrittsalters. Gleichwohl sind es die herrschenden politischen und ökonomischen Kräfte und ihre medialen Sekundanten, die Ton und Richtung der Krisenbearbeitung angeben. So wird die Verlängerung der Laufzeiten für deutsche Atomkraftwerke zur Politik gegen den Klimawandel, die von Wien ausgehenden studentischen Proteste vom Herbst 2009 werden für die staatliche Wissenschaftspolitik zu Indikatoren notwendiger oder verschärfter Zugangsbeschränkungen oder zur Wiedereinführung von Studiengebühren.

Brüche und Kontinuitäten

Wenn wir die aktuelle Situation in ein paar Jahren rückblickend betrachten, wird sie dennoch eine Zäsur darstellen. Das neoliberal-imperiale Gesellschaftsprojekt ist immer weniger in der Lage, die von ihm erzeugten Probleme und Widersprüche zu bearbeiten (vgl. den auf diese Einleitung folgenden Text). Doch es ist heute unklar, in welche Richtung diese Zäsur gehen wird.

- Müssen wir uns auf Dauerkrisen einstellen, in denen an jenen Stellen interveniert wird, wo herrschende Interessen, insbesondere der Vermögenden, bedroht sind? Wobei es insbesondere zwischen den herrschenden ökonomischen und politischen Kräften, und teilweise im Bündnis mit anderen, permanent zu Auseinandersetzungen um die Art der Krisenintervention kommen dürfte.
- Erleben wir eine Art »Durchsetzungskrise« einer transnational-neoliberalen und gleichzeitig autoritären Entwicklungsweise, in der es nach langen Kämpfen und einer wahrscheinlichen Schwächung der Finanzmarktakteure zu einem dauerhaften Wachstumsmodell kommt, die aber in der Kontinuität der letzten beiden Jahrzehnte auf gesellschaftlicher Spaltung und ökologischer Zerstörung beruht?
- Kommt es gar zu einem kapitalistischen Wachstumsmodell, das unter dem Begriff des Grünen New Deal die grundlegenden Energie- und

Ressourcenprobleme bearbeitet und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum sichert? Ich gehe davon aus, dass es zu autoritären und exklusiven Entwicklungen kommen wird; möglich ist indes auch, dass es in einigen Ländern aufgrund von Kämpfen gewisse Inklusionsprozesse geben wird.

- Eine weitere an die genannten in der einen oder anderen Weise anschließende Dimension: Stehen wir am Beginn nachhaltiger weltwirtschaftlicher und -politischer Verschiebungen mit den neuen Zentren China, Indien und/oder Brasilien, in der die jetzigen kapitalistischen Zentren weiterhin eine Rolle spielen werden, aber unter gänzlich anderen Bedingungen?
- Oder kommt es gar zu einem Bruch mit der neoliberal-kapitalistischen bzw. – in Ländern wie China und Indien, in gewisser Weise auch Deutschland und Österreich – merkantilistischen Entwicklungslogik, in der progressive Elemente eine wichtige Rolle spielen und entweder die kapitalistischen Dynamiken und damit verbundene Kräfte stark einzudämmen oder gar zu überwinden in der Lage sind? Welche Rolle spielen hier progressive gesellschaftliche Orientierungen und Akteure, allen voran die Gewerkschaften, die selbst nicht nur in einer tiefen Krise sind, sondern die strukturkonservativen Formen der Krisenbearbeitung bislang weitgehend mittragen?

Damit stellt sich eine Frage, die dieses Buch als roten Faden durchzieht: Was werden die Effekte der aktuellen »post-neoliberalen« Strategien und Auseinandersetzungen sein? Wie so oft in der Geschichte werden wir erst nachträglich verstehen, ob und wie heutige Strategien und Veränderungen mittel- und langfristige Wirkungen zeitigen. Doch darauf sollten wir nicht warten. Wichtig bleibt, dass es zu einer vielfältigen »Kritik im Handgemenge« (MEW 1: 381) kommt, die sich nicht nur der historischen und sich wandelnden Handlungsbedingungen vergewissert, sondern auch im vielfach noch vagen und sich hoffentlich konkretisierenden Horizont emanzipatorischer Veränderungen agiert.

Deutlich scheint mir derzeit nur, dass es zwar kein umfassendes hegemoniales Projekt von herrschender Seite gibt (Candeias 2010: 7), wir es aber auch nicht mit einer umfassenden Hegemoniekrise zu tun haben. Zumindest in einigen Bereichen bestehen immer noch »Reserven«, mit denen in vielen Regionen der Welt und zuvorderst in den kapitalistischen Zentren aktive oder zumindest passive Konsense produziert werden: Aktive oder passive Zustimmung zu den Arbeits- und Lebensverhältnissen entlang von Klassen- und Geschlechterhierarchien und anderen Ungleichheitsachsen, zur herrschenden Organisation des Weltmarkts, zur domi-

nanten Politik durch Staat und Parteien, zu den herrschenden Formen von Medien und Öffentlichkeit, zur Nutzung von Ressourcen und anderem – diese »Reserven« der Aufrechterhaltung bestehender Verhältnisse haben alle etwas mit den materiellen, alltäglich gelebten Lebensverhältnissen zu tun (vgl. einige Beiträge in Demirović et al. 2011).

Hegemonie als analytische und politische Perspektive

Dieses Buch ist Teil kritischer Deutungen in der aktuellen Krise. Es ist durchzogen von einem Verständnis von Hegemonie, das neben der Krisenhaftigkeit und Brüchen auch danach fragt, inwieweit soziale Herrschaft in ihren vielen Formen sowie die herrschaftliche Aneignung von Natur mit starken Konsenselementen versehen ist. Die Konsense sind in Zeiten der multiplen Krise weniger aktiv, sondern eher passiver Natur, im Kern also eine Hinnahme der bestehenden Entwicklungen durch die Mehrheit mangels Alternativen. Es stellt sich die Frage, wie diese passive und passivierende Zustimmung hin zu einer Stärkung emanzipatorischer Anliegen und einer attraktiven Lebensweise aufgebrochen werden kann.

Diese in der Tradition des politischen Denkens von Antonio Gramsci stehende analytische und politische Perspektive hat auch mit gesellschaftlicher Interpretations- und Sprachmacht zu tun. Um hegemonial zu bleiben, so Gramsci, darf eine herrschende Gruppe »niemals müde werden, die eigenen Argumente zu wiederholen ...: die Wiederholung ist das wirksamste didaktische Mittel, um auf die Mentalität des Volkes einzuwirken« (GH 11: 1390). Das erleben wir alltäglich.

Kritisches Denken, Schreiben und Diskutieren, kritische politische Bildungsarbeit und Kommunikation sowie kritische Medien versuchen, dagegen anzugehen (vgl. etwa Lösch/Thimmel 2010). Teilweise geschieht das mit Erfolg. Emanzipatorische Politik setzt daher kritische Urteilsfähigkeit gegen Sachzwang-Denken und naturalisierter gesellschaftlicher Realität voraus. Es geht immer wieder darum, vermeintliche Selbstverständlichkeiten aufzubrechen. Krisen selbst führen dazu, dass bestehende Interpretationsrahmen – etwa die Deutung eines immerwährenden Wachstums unter neoliberal-kapitalistischen Bedingungen mit kleineren Einbrüchen, die als »Marktberichtigungen« bezeichnet werden – nicht mehr stimmig sind.

Daher kam es ab 2008 zu einer Welle publizistischer Interpretationen, um Gründe zu erörtern, Mechanismen zu erläutern und um das (Nicht-)Selbstverständliche zu ringen.

Gleichwohl: Viele der herrschenden Interpretationen und Selbstverständlichkeiten werden bislang kaum infrage gestellt. In den Jahren 2008 und 2009 wurden relativ schnell alt-neue Selbstverständlichkeiten eingeführt. Der Staat soll mit seinen Finanzmitteln und – zumindest in den meisten Ländern – mit seiner Kreditfähigkeit in die Krise intervenieren und größere Arbeitslosigkeit verhindern. Er soll aber nicht zu sehr regulieren und damit eventuell den Finanzmarktkapitalismus und die ihn tragende Kräftekonstellation infrage stellen.

Das Diktum von Wettbewerbsfähigkeit und der kapitalistischen Organisierung des Weltmarktes oder die starke Ausrichtung der meisten Gesellschaftsmitglieder an Lohnarbeit wurden gerade in Deutschland und Österreich kaum hinterfragt (auch nicht in großen Teilen der Linken). Die herrschenden Formen der Naturaneignung, sei es als Automobilität, als auf Elektronikgeräten basierender High-Tech-Kommunikation und Lebensweise oder als ressourcenintensive Ernährung, sind neben den fast schon routinetaften Kritiken den meisten Menschen und gesellschaftspolitisch relevanten Akteuren kein wirkliches Problem. Im Gegenteil: In der weiteren Inwertsetzung der Natur wird gar ein Mittel gesehen, um die Krise zu bearbeiten. Dass Umweltpolitik längst Geopolitik um knapper werdende Ressourcen ist, wird kaum Gegenstand kritischer politischer Debatten. Der aktuelle Aufschwung der Grünen in Deutschland ist Ausdruck eines Unbehagens, das sich aber nicht in substanziellen gesellschaftlichen Änderungen äußert. Aus der SPD, der Linkspartei und den Gewerkschaften hört man allenfalls vereinzelte Stimmen, welche die hegemoniale Produktions- und Lebensweise grundsätzlicher hinterfragen. Zudem besteht ein Modus herrschaftlicher Politik darin, alternative Sichtweisen und praktische Ansätze entweder zu kooptieren, zu delegitimieren oder zu ignorieren. Das führt vielfach zu politischer Resignation, was eines der stärksten Mittel der herrschenden Kräfte ist, emanzipatorische Anliegen zu schwächen. Auch darum wird es in dem vorliegenden Buch an manchen Stellen gehen.

Hegemonie besteht neben den herrschenden Interpretationen der Verhältnisse und neben Strategien von Kooptation und Ausschluss kritischer Akteure auch und insbesondere in den gelebten Praktiken. Gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten und Zustimmung werden nämlich nicht nur über die Öffentlichkeit, sondern auch über die konkreten Lebensverhältnisse geschaffen und reproduziert. Wahrscheinlich ist die alltägliche Wiederholung von »Geiz ist geil!« ein wirksames erfahrungsbasiertes didaktisches Mittel als viele politische Analysen und Strategien. Gerade hier muss emanzipatorische Politik ansetzen. Sie ist damit nicht losge-

löst von staatlich-institutioneller Politik und Öffentlichkeit, auch nicht von Fragen kollektiver Organisation und Interessenvertretung (zur Organisation etwa Opratko/Probst 2010; Seibert 2003; zum m.E. gerade heute wieder diskutierenswerten, aber kaum wahrgenommenen Arbeitsfeld-Ansatz des Sozialistischen Büros vgl. Oy 2007). Aber sie sollte von einem breiteren Verständnis gesellschaftlicher Beharrungskräfte und Veränderungen ausgehen, als dies mit dem herrschenden, an Staat und Parteien, Verbänden und Bewegungen sowie politischer Öffentlichkeit orientierten Politikbegriff oft der Fall ist.

Eine breite analytische und politische Perspektive hilft zu verstehen, dass und vor allem *wie* gesellschaftliche Entwicklung viel mit herrschaftlichen, insbesondere sozio-ökonomischen und oft staatlich vermittelten Strategien von Klassen, Männern und »Weißen« zu tun hat. Gesellschaften reproduzieren sich eben auch, das ist der zentrale Gedanke Gramscis, über die mehr oder weniger konsensuale Einbindung der Subalternen über vielfältige institutionelle wie nicht-institutionelle Mechanismen, die wiederum mit der konkreten sozio-ökonomischen, politischen, kulturellen und subjektiv verankerten Lebensweise zu tun haben (Brand/Wissen 2011; Sekler/Brand 2011; zum Hegemoniebegriff etwa Haug 2004; zum Verhältnis von Hegemonie und Gewalt vgl. Das Argument Nr. 4/5, 2010).

Herrschaft und Befreiung

Dies ist der Hintergrund des Buches. Es werden einige zentrale Dimensionen der Krise und ihrer Bearbeitung analysiert, Ansatzpunkte und Vorschläge unterbreitet und ausgeleuchtet (zur Krisendiagnose und möglichen linken Handlungsperspektiven etwa das Institut für Gesellschaftsanalyse 2009). Der hier vertretene Zugang zu einigen aktuellen Themen besteht darin, und das ist ein Unterschied zu vielen anderen Diagnosen, progressive Ansätze und Akteure nicht »nachträglich« am Ende einer systemischen Analyse hinzuzunehmen, sondern bereits bei der Analyse vielfältiger Herrschaftsverhältnisse – ihrer Widersprüche, Stabilität oder Krisenhaftigkeit – zu berücksichtigen. Die praktische Kritik an Herrschaft findet permanent statt, Alternativen werden immerzu formuliert und gelebt. Die Analyse der herrschenden Strukturen und Prozesse, deren Wirkungsmächtigkeit und oft genug Brutalität nicht unterschätzt wird, ist politisch öffnender, wenn eben frühzeitig praktische Alternativen berücksichtigt werden; als Alternativen, die allzu oft kooptiert werden und zur Stabilisierung der Verhältnisse beitragen, aber eben auch als

mögliche Alternativen, welche die bestehenden Verhältnisse grundlegend zu verändern in der Lage sind. Damit können die in diesem Buch präsentierten alternativen Zeitdiagnosen zur multiplen Krise und ausgewählter Aspekte stärker mit emanzipatorischen Anliegen und Strategien zusammengedacht werden.

Das fehlt häufig bei kritischen Analysen: Sie präsentieren mehrheitlich die herrschenden Verhältnisse als sehr geschlossen, für alternative Praxen kaum angreifbar und verdoppeln damit das Bild, das Herrschaft zu gerne selbst von sich hat – als mehr oder weniger funktionierend und gegenüber Problemen und Krisen handlungsfähig. Die Frage der Alternativen wird am Ende relativ ausführlich angesprochen. Aus einer fast umgekehrten Perspektive suggerieren andere Herangehensweisen eine heute schon mögliche Überwindung kapitalistischer Herrschaft, da sich eben diese nur noch »parasitär« über ein längst nicht-kapitalistisch organisierbares und funktionsfähiges soziales Zusammenleben legt. Das ist aus meiner Sicht voluntaristisch, da der Zusammenhang von Herrschaft und ihrer tiefen Einschreibung in die Gesellschaft einerseits und alternativen Ansätzen andererseits übergangen wird.

Die hier eingenommene hegemonietheoretische und -politische Perspektive bedeutet für »gegen-hegemoniale Perspektiven«, dass in sehr vielen Feldern und auf unterschiedliche Art und Weise agiert werden muss: als emanzipatorische soziale Bewegung und in ihnen. Sie bleiben der deutlichste Ausdruck von Dissens, ermöglichen Innehalten, stehen häufig für ein wahrnehmbares »Nein!« zu den Zumutungen bürokratischer und ökonomischer Macht und sie ermöglichen die Suche nach grundlegenden Alternativen. Doch es sollte nicht vergessen werden, dass auch in den Betrieben und durch Gewerkschaften, in einigen Fragen gegebenenfalls sogar in und durch Unternehmensleitungen und -besitzerInnen, in der Öffentlichkeit und den Medien, in Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, in Schulen und Hochschulen Konsense aufbrechen und Spielräume sich öffnen. Das betrifft natürlich auch Staat und Parteien.

Das meine ich nicht als beliebige Aufzählung und auch nicht dahingehend, dass nun jenseits von Konflikten allzu breite Bündnisse möglich werden. Überdies sind die Handlungsmöglichkeiten in und von Bewegungen viel autonomer und potenziell kreativer als jene in einer Partei, aber eben in vielen Fällen auch weniger verstetigt. Selbstorganisierte Projekte sind oft dauerhafter als jene, die am staatlichen Tropf hängen (aber auch nicht immer). Es geht mir um eine breite Perspektive etwa in die Richtung einer »Mosaiklinken« (Zeitschrift Luxemburg 1/2010) und was Klaus Dörre vorläufig als »assozierte Macht« (2009: 86) bezeichnet;

er nennt als Beispiel neue Bündnisse von ProduzentInnen und KonsumentInnen. Ich würde aber einen Schritt weitergehen: Denn bei der Suche nach *kollektiven Akteuren* wird oft unterschätzt, dass es neben diesen auch vielfältige, eben in sehr vielen Bereichen wirksame, sich gar nicht so sehr als Akteur äußernde emanzipatorische *Handlungsdispositive* geben kann – und geben muss. Um ein Beispiel zu nennen: Wenn die gesellschaftliche Reproduktion etwa in den Bereichen Ernährung und Mobilität die kapitalistischen, also auf Warenproduktion und Lohnarbeit basierenden Formen zurückdrängen soll, müssen durch kollektive Akteure kapitalistische Produktionsweisen verändert und der Verwertungsimperativ geschwächt werden. Es benötigt drastische Veränderungen staatlicher Strukturen und Politiken und damit einhergehender politischer und ökonomischer Machtkonstellationen. Solche Transformationen benötigen aber auch sich verändernde Subjektivitäten und mannigfaltige Handlungsweisen. Dieser Aspekt geht nicht in der Frage nach kollektiven Akteuren auf.

Emanzipatorische Ansätze von praktischer Kritik und alternativem Handeln, kollektiver Organisation und institutionellem Agieren, konkreten Vorschlägen und Strategien müssen daher in allen gesellschaftlichen Bereichen entwickelt werden. Besonders dringend scheint mir derzeit, Positionen in den Fragen der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit zu entwickeln (und zwar nicht nur der Lohnarbeit, sondern der vielfältigen Formen gesellschaftlicher Arbeit) und gesellschaftliche Verschiebungen voranzutreiben. Ein anderes Feld ist der Umgang mit der außermenschlichen Natur, d.h. Fragen der Energie- und Klima-, der Ernährungs- und Mobilitätspolitik. Hier müssen linke Ansätze beweisen, dass eine attraktive Lebensweise möglich ist. Wie sich das in ganz andere Formen gesellschaftlicher Reproduktion überführen lässt, ist derzeit offen (Sablowski 2010 für ökonomische Fragen).

Vor diesem Hintergrund möchte ich einige Sachverhalte, die das Buch durchziehen, verdichtend hervorheben: Eine am Hegemoniebegriff orientierte Perspektive impliziert nicht nur eine Kritik an sozio-ökonomischen Verhältnissen wie eben der Macht von Kapital und VermögensbesitzerInnen oder an »kulturellen« Verhältnissen wie Rassismus. Wir benötigen auch eine Kritik der herrschenden Politik. Hier scheinen es kritisch-emanzipatorische Ansätze derzeit besonders schwer zu haben, da staatliche und Parteipolitik in der Krise eher aufgewertet wurde. Doch die herrschenden Formen, in denen die Finanz- und Wirtschaftskrise bearbeitet werden, haben eben viel mit der Entwicklung von Politik und Demokratie, den dort zunehmend vorherrschenden autoritären und in-

transparenten Entwicklungen, zu tun. Das sehen manche als Stärke – ohne rasche Entscheidungen durch wenige, meist Männer, wäre die Krise weitreichender verlaufen –, für linke Politik sollte es jedoch ein Problem sein (Wahl/Klein 2010). Auch linke Politik scheint sich, trotz der jüngsten Proteste, insgesamt sehr stark in den Formen von Parteien und Staat zu vollziehen, diskutiert in einer mehr oder weniger kritischen Öffentlichkeit. Soziale Bewegungen und NGOs, aber auch andere Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation, sind in diesem Politikmodell deutlich sekundär. Die Linkspartei und die Grünen in Deutschland sind im politischen Selbstverständnis – trotz aller interner Differenzen – staats-, macht- und wahlfixiert. Es scheint nur in Ansätzen ein Ringen darum zu geben, wie nicht nur inhaltlich, sondern auch von der Form her emanzipatorische Politik aussehen kann. In Österreich, und hier bezogen auf linke Teile der SPÖ und der Grünen, ist das nicht anders. Auch jüngere linke »cross-over«-Ansätze in Deutschland, mittels derer das linke Parteien-, Bewegungs- und das kritische Wissenschaftsspektrum zusammengebracht werden soll, drohen ein eher enges Politikverständnis zu reproduzieren. Die PolitikerInnen sind hier die zentralen Figuren.

Auf Befreiung setzendes emanzipatorisches Denken und Handeln muss daher nicht nur die vielen strukturellen Probleme und Hindernisse berücksichtigen und Vorschläge entwickeln bzw. vorantreiben, sondern sich mit den eigenen Politik- und damit auch Organisationsformen auseinandersetzen. Insofern müssen linke Reformvorschläge auch darüber hinausgehen, dass sie lediglich auf eine andere Ordnungspolitik (so etwa und sehr avanciert Ypsilanti/Scheer 2010) setzen. Das ist zu wenig und zu defensiv, da damit die politische Grundrichtung gestärkt wird, »der Staat soll es richten«. Obwohl Umfragen zeigen, dass die meisten Menschen von staatlicher und Parteipolitik gar keine grundlegende Gestaltungsfähigkeit gegen herrschende Interessen erwarten und die Wirtschaftsordnung mehrheitlich als problematisch eingestuft wird, hat das bislang keine großen Konsequenzen. Gleichwohl wäre das ein wichtiger Ansatzpunkt emanzipatorischer Strategien.

Neben konzeptioneller wie praktischer Staats- und Parteikritik, welche die Ambivalenzen herrschender Politik auslotet, bedarf es, zweitens, auf der anderen Seite auch eines deutlich breiten Verständnisses von Bewegung. Und zwar im Sinne von Veränderung, das weit über ein »empirisches« Verständnis von progressiven Akteuren wie soziale Protestbewegungen (die m.E. weiterhin über das größte Kreativpotenzial verfügen) und den Bewegungen nahestehenden Nichtregierungsorganisationen hinausgeht. Diese Akteure und das Agieren in breiten Bündnissen sind wich-

tig, doch es unterschlägt die institutionellen Dimensionen von Herrschaft und Befreiung eben im Staat, in Unternehmen, in Verbänden wie den Gewerkschaften. Auch diese müssen verändert werden, ohne sich nur in den mehr oder weniger hochgradig regulierten und machtförmigen Organisationen aufzureiben.

Drittens bleibt linke Politik unter transnationalisierten kapitalistischen Bedingungen zwar weiterhin stark auf den Nationalstaat bezogen. Dies ist die Ebene, auf der noch am ehesten demokratische Strukturen und Prozesse bestehen; die EU ist ja bislang eher ein Projekt der Entdemokratisierung. Nicht umsonst sind die progressiven Entwicklungen in Lateinamerika zuvorderst solche einer »Re-Nationalisierung« politischer und gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit nach Jahrzehnten neoliberaler Politik. Und dennoch muss sich gegen-hegemoniales Handeln verdeutlichen, dass Herrschaft über Konsens und Zwang auch davon abhängt, inwieweit Verhältnisse in anderen Regionen und auf anderen räumlichen Ebenen strukturiert werden. Um das an einem wichtigen Bereich zu verdeutlichen: Der kapitalistische und politisch organisierte Weltmarkt ist auch ein Instrument der Mobilisierung von Arbeitskraft und Ressourcen, welche für bestimmte Regionen und die dort lebenden Menschen höchst nachteilig und brutal sind, für andere aber durchaus das Leben erträglicher und attraktiver machen. Dies geschieht wiederum entlang von Klassen-, Geschlechter- und ethnisch strukturierten Verhältnissen. Konsensbasierte Herrschaft wird gerade in den kapitalistischen Zentren dadurch gesichert, dass Krisen und Probleme »externalisiert« werden. Das zeigt sich an der umweltzerstörerischen Produktion von Aluminium, die heute in Regionen wie dem Amazonas stattfindet. Die Krisen in Griechenland und Irland zeigen, dass es nicht nur um interne Probleme geht, sondern eben auch um Mechanismen der »Externalisierung« von Krisen. Es stellt sich also auch und sehr drängend die Frage nach transnationaler emanzipatorischer Handlungsfähigkeit.

Viertens wird in diesem Buch immer wieder deutlich, dass gegen-hegemoniale Perspektiven sich in einem bewussten Spannungsfeld bewegen sollten. Den einen »Pol« stellen konkrete Forderungen dar, die oft an spezifischen Problemen und ihrer Politisierung, an konkreten Konflikten und damit am Alltagsverstand der Menschen ansetzen. Wichtig scheint mir hier, dass emanzipatorische Ansätze durchaus attraktiv und einige Initiativen erfolgreich sein müssen – nicht mit Kompromissen um jeden Preis, aber durchaus als spürbare gesellschaftliche Veränderung oder zumindest darüber, dass rechten oder wirtschaftsliberalen Politiken Einhalt geboten wird. So kann linke Politik wieder gesellschaftlich initi-

ativ werden. Emanzipatorische Politik benötigt, das bildet den anderen »Pol«, aber auch den weiten Horizont eines progressiven und attraktiven (welt-)gesellschaftlichen Projektes. Es entsteht nicht am Schreibtisch und wird nicht als »Masterplan« entwickelt, sondern berücksichtigt konkrete, produktive wie negative Erfahrungen. Und dennoch spielt neben der Reflexion konkreter Ansätze und Vorschläge auch Phantasie für die Überwindung vielfältiger Herrschaftsverhältnisse eine Rolle. Dabei müssen »Kriterien«, nicht in einem engen Sinne zu verstehen, eines solchen Projektes diskutiert werden wie die Berücksichtigung von möglichen Problemen der gesellschaftlichen Naturaneignung. Denn solch ein Projekt kann nur gebrochen am linken Fortschrittsoptimismus früherer Zeiten anknüpfen. Es geht aber auch um ein gewisses Maß an effizienter Produktion – die kapitalistische Produktionsweise ist in vielerlei Hinsicht ja alles andere als effizient. Diese Aufgabe, Kriterien und Konturen einer alternativen Lebensweise zu entwickeln, scheint mir heute drängender als noch vor wenigen Jahren. Eine Bedingung der Realisierung besteht darin, dass immer mehr Menschen zumindest ahnen und Wünsche entwickeln, dass eine andere, weniger herrschaftliche und zerstörerische Art gesellschaftlichen Zusammenlebens denkbar, notwendig und vielleicht sogar attraktiv ist. Die beiden »Pole« bilden dann in gewisser Weise eine Einheit, wenn konkrete Konflikte und Forderungen – die oft genug borniert sind – sowie »kleinteilige« Entwicklungen in einen gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt werden können. In diesem Buch wird etwa an Feldern wie der Arbeits- und der Klimapolitik verdeutlicht, wie die konkreten Konflikte gleichsam über sich selbst hinausgetrieben werden können. Damit werden sie ggf. verbunden mit Fragen der (nicht-)demokratischen Gestaltung der Gesellschaft und insbesondere der Wirtschaft, der Verfügung über Eigentum, der Rolle von Wirtschaftswachstum und unbedingter Wettbewerbsorientierung, mit Diskussionen über ein gutes Leben, über Gerechtigkeit und emanzipatorische Geschlechterverhältnisse und andere Nord-Süd-Verhältnisse.

Hier könnte in nächster Zeit ein neues Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen entstehen: Die beginnende Diskussion um die konkreten Ursachen, Formen und Effekte von Wirtschaftswachstum, die Bedeutung für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche und soziale Gruppen, für den Staat und für die Handlungsfähigkeit insbesondere der Gewerkschaften, die Rolle von Weltmarkt und tief verankerten Lebensweisen, Fragen einer »Post-Wachstums«-Gesellschaft und gerechter Transformation könnte ein wichtiger Bezugspunkt werden (Krämer/Schui 2010; Brangsch 2010; New Economics Foundation 2010; Kaufmann/Müller 2009; Paech

2005; Zeitschrift Luxemburg 1/2011). Auch innerhalb der bestehenden Institutionen scheint es durch die Krise und ihren vielfältigen Charakter eine vergrößerte Aufmerksamkeit dafür zu geben, was die Grundlagen von Wohlstand und Lebensqualität sind. Der Bundestag hat beispielsweise eine Enquete-Kommission eingerichtet, in der zwischen Januar 2011 und Sommer 2013 unter dem Titel »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« hoffentlich zentrale Fragen diskutiert sowie (hoffentlich) wissenschaftlich fundierte und erfahrungsgesättigte Anregungen gegeben werden.

Schließlich: Emanzipatorisches Denken und Handeln sind notwendig widersprüchlich, lernend, kritisierend und sich kritisierend lassend. Umso stärker bedürfen daher alternative politische und gesellschaftliche Vorschläge und Praxen der Reflexion. Genau hier liegen m.E. der Stellenwert und die Verantwortung kritischer Gesellschaftstheorie. Sie kann zur Ausarbeitung eines »Strukturwissens emanzipatorischen Handelns« beitragen, wobei sich die Strukturen und damit die widersprüchlichen Handlungsbedingungen in Zeiten der Krise, und zumal der multiplen Krise, dauernd verändern.

Auch in solchen Zeiten mit bislang eher schwachen gesellschaftlichen Aufbruchprozessen, gleichwohl jedoch mit sehr vielen und bekannten Ansatzpunkten, bleibt meiner Meinung nach eine linke und im Ton radikale Perspektive problematisch, die abstrakt das ganz Andere fordert, ohne die widersprüchlichen Handlungsbedingungen wie auch die politisch-praktischen Anstrengungen in den Blick zu nehmen, mit denen dieses Andere anzugehen ist. Theodor W. Adorno argumentierte in einem Vortrag mit dem Titel »Kultur und Verwaltung« (1972), dass mit der ausschließlichen und scheinbar radikalen Forderung der Überwindung des Ganzen eben die Vorstellung solcher Veränderung ins Chimärische verblasse; und dass die damit einhergehende politische Überforderung eine sublimale Form der Sabotage sei. Diese von Adorno kritisierte Haltung – heute in der radikalen Linken in so genannten wertkritischen Strömungen en vogue – führt immer wieder dazu, innerhalb der Linken Ansätze verächtlich zu machen, die sich eben auf das komplizierte und widersprüchliche Handgemenge einlassen. Aus meiner Sicht ist das ein – theoretisch mal mehr, mal weniger elaborierter – Ausdruck politischer Resignation.

Kritisch-solidarische Auseinandersetzungen, auch Streit über Weltdeutungen und politische Ansatzpunkte, über Projekte, Strategien und Bündnisse sind wichtig. Aber eben immer als Teil von Suchprozessen mit erhofften politisch-praktischen Konsequenzen. Dieses Buch versteht sich als Beitrag dazu – und damit als Argumentieren gegen politische Resignation.

Der Aufbau des Buches

Der vorliegende Band versammelt Beiträge, die ich zwischen 2007 und 2010 verstreut in Zeitschriften und Sammelbänden publizierte und in denen die in dieser Einleitung angesprochenen Aspekte präzisiert werden.

Der erste Text gibt eine Einschätzung der aktuellen »multiplen Krise«, wobei von unterschiedlichen und ungleichzeitigen Krisendynamiken ausgegangen wird. Gleichwohl ist es aus meiner Sicht wichtig, den inneren Zusammenhang der verschiedenen Dimensionen zu ergründen, nämlich die Krise des neoliberalen und imperialen Modells, das die von diesem erzeugten Probleme und Widersprüche nicht mehr zu bearbeiten in der Lage ist. Die Zusammenhänge zu klären, ist eine wichtige Voraussetzung, damit emanzipatorische Kräfte angemessen in die aktuellen Krisenpolitiken intervenieren können.

Daran schließt sich ein Beitrag an, der den Begriff des »Post-Neoliberalismus«, der beim Begreifen der aktuellen Konstellation hilfreich sein kann, einführt und erläutert. In diesem Text wird der Schwerpunkt auf die Rolle des Staates gelegt, in späteren Kapiteln geht es um post-neoliberale Entwicklungen im Bereich der ökologischen Krise und Umweltpolitik. Unterschiedliche Handlungsformen und Erfahrungen der globalisierungskritischen Bewegung, nämlich die Proteste gegen das G8-Treffen 2007 in Heiligendamm, das Weltsozialforum 2009 in Belém – der Beitrag wurde gemeinsam mit Nicola Sekler verfasst – sowie das Europäische Sozialforum 2010 in Istanbul sind Gegenstand von Reflexionen über jene heterogene Bewegung, die praktische Herrschaftskritik und emanzipatorische Veränderungen voranzubringen versucht. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen und den Schlussgedanken des ersten Beitrages zu Post-Neoliberalismus aufnehmend, knüpft ein weiterer Beitrag an, der eher die Rolle der Linken und neben dem Staat stärker die gesellschaftlichen Verhältnisse in der aktuellen Krise und in post-neoliberalen Auseinandersetzungen fokussiert. Hier werden bereits systematischer mögliche progressive Einsatzpunkte, die das ganze Buch durchziehen, ausgelotet. Der Teil zu progressiven Kräften in der aktuellen Konstellation schließt mit einem im Vortragsstil gehaltenen Text zur Rolle und Zukunft der (österreichischen) Sozialdemokratie ab.

Der zweite Teil des Buches, überschrieben mit sozial-ökologischen Krisen und Konflikte um post-neoliberale Naturverhältnisse, behandelt gegenwärtige Dynamiken und strategische Suchprozesse im Bereich der ökologischen Krise bzw. der sozial-ökologischen Politik. Das scheint mir umso wichtiger, da auch innerhalb einer pluralen Linken die ökolo-

gische Krise häufig aus einer Perspektive von Knappheit an Ressourcen sowie Zeit thematisiert wird. »Der Planet«, so die dominante Deutung, sei übernutzt und es sei »5 nach 12« (und das seit 20 Jahren). Das Projekt der Emanzipation droht angesichts der »Politik im Umweltraum« unter die Räder zu kommen.

Mein Vorschlag lautet, dass eine herrschafts- und gesellschaftskritische *sozial*-ökologische Perspektive analytisch und politisch produktiver ist, da damit die Eigendynamiken materieller Degradation von Land und Ressourcen sowie die Übernutzung der Atmosphäre nicht gelehnet, gleichwohl die industriell-kapitalistisch vermittelten Formen der Naturaneignung, die tief in den Institutionen, im Alltag, in den Subjektivitäten verankert sind, berücksichtigt werden.

Neben zwei allgemeinen Beiträgen geht es um eines der möglicherweise zentralen Projekte, um die aktuelle multiple Krise zu überwinden: den so genannten Grünen New Deal. Des Weiteren wird im Bereich der Biodiversität und hier der genetischen Ressourcen exemplarisch dargelegt, inwiefern Wissen eine wachsende Rolle in der jüngeren Entwicklung des Kapitalismus und damit auch in der Aneignung von Natur spielt, welche Rolle »geistiges Eigentum« dabei spielt und wie herrschaftskritische Akteure diese Neuerungen mit dem Begriff der »Biopiraterie« politisieren.

Im letzten Abschnitt dieses Buches sind Kapitel gruppiert, die sich stärker mit Alternativen und emanzipatorischer Handlungsfähigkeit im Kontext der jüngsten Transformationsprozesse befassen. Einerseits geht es um neuere entwicklungspolitische Diskussionen, andererseits um strategische Fragen, bzw. zunächst um den Strategiebegriff selbst und dann um den prominent gewordenen Begriff der »Commons« (Gemeingüter). Eng damit verbunden und an den zweiten Hauptteil anschließend wird ein Plädoyer entwickelt, wie konkret emanzipatorische sozial-ökologische Politik die bestehenden Ansätze weitertreiben und vertiefen könnte.

In einem abschließenden Beitrag versuche ich zu zeigen, inwieweit kritische Theorien – ein Schwerpunkt liegt auf neueren Ansätzen der Internationalisierung in der Tradition von Marx, Gramsci und Poulantzas – dazu beitragen können, den neoliberal-imperialen Globalisierungsprozess sowie seine gegenwärtige Krise besser zu verstehen und gegen-hegemoniale emanzipatorische Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Dass dieser Text am Ende des Buches steht, soll verdeutlichen, dass es eben nicht um zwei aufeinander folgende Schritte »kritische Analyse« und »Handlungsfähigkeit und Alternativen« geht, sondern dass der Zusammenhang immer wieder hergestellt werden muss.

Ganz herzlich danken möchte ich an dieser Stelle dem VSA: Verlag, der meine Idee, eine Art Nachfolgebund des 2005 erschienenen Buches »Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien« zusammenzustellen, sofort positiv aufnahm und gewohnt reibungsfrei kooperierte. Guido Speckmann vom VSA: Verlag gilt mein besonderer Dank für die Unterstützung bei der Auswahl der Texte, der Durcharbeitung des Manuskripts und für das umsichtige Lektorat. Den VerlegerInnen und HerausgeberInnen der Zeitschriften und Bände, in denen die Texte erstmals erschienen, danke ich für die unkomplizierte Erlaubnis des Nachdrucks. Die Texte wurden lediglich geringfügig sprachlich überarbeitet, ihre Form vereinheitlicht, an der einen oder anderen Stelle um wichtige aktuelle Literatur ergänzt und mitunter gestrafft, um Redundanzen zu vermeiden. Die Argumentation wurde nicht verändert.

Die Arbeit an dem Band ist mit der Hoffnung verbunden, dass die zusammenfassende Veröffentlichung einiger meiner Arbeiten dazu beiträgt, die dringend notwendigen Alternativen analytisch und politisch-praktisch zu schärfen und damit voranzutreiben. Den LeserInnen wünsche ich eine anregende Lektüre, bei welcher der eine oder andere Sachverhalt sich klärt und die Motivation zum kritischen Denken und vielleicht sogar Handeln gestärkt wird.

Frijiliana (Andalusien) und Wien, Winter 2010/2011